



HÄNGEN IM SCHACHT?

Bewegungslos, bewegungsunfähig oder bewegungsunwillig?

Die GdP fordert die Landesregierung auf, bei der Evaluation des § 208 LBG und der dringend notwendigen Einführung einer rheinland-pfälzischen Erschwerniszulagenverordnung endlich Bewegung zu zeigen.

Die Evaluation der Neuregelung des § 208 LBG zur Verlängerung unserer Lebensarbeitszeit (LAZ) ist gesetzlich vorgesehen und war für den Herbst angekündigt. Bereits seit Monaten sind die Abfragen zur Datenerhebung durch die Behörden und Einrichtungen beantwortet. Erste Ergebnisse der SALSABefragung zur Gesundheit geben ebenfalls Aufschlüsse über die Wirkung des Gesetzes. Eine Auswertung, geschweige denn Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzes liegen noch nicht vor. Zeigen sich vielleicht unerwünschte Ergebnisse, welche belegen, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu Krankheit und Dienstunfähigkeit führt?

Dabei zeigt allein die große Anfrage der CDU-Fraktion schon, dass seit Inkrafttreten der LAZ-Verlängerung im Jahr 2004 die Krankheitszeiten zugenommen haben, die Fälle der eingeschränkten Dienstfähigkeit drastisch gestiegen sind und die Zahl der wegen dienstunfähigkeitsbedingten Ruhestandsversetzungen angewachsen ist. Bei der SALSAAumfrage der Unfallkasse steht die Verlängerung der LAZ bei den belastenden Faktoren an oberster Stelle.

Eine von der GdP initiierte und von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz beauftragte Machbarkeitsstudie zur Lebensarbeitszeit von Polizistinnen und Polizisten wirft zumindest die Frage auf, ob sich nicht der Dienstherr mit der Verlängerung der LAZ letztlich nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Doch was tut sich? Nichts. Hängen im Schacht.

Keine andere negative Maßnahme hat die Polizei in den vergangenen Jahren so getroffen wie Lebensarbeitszeitverlänge-

rung. Insbesondere die Fallbeilgrenze von 25 Jahren wird von den Kolleginnen und Kollegen als absolut ungerecht empfunden.

Es war zugesichert worden, die LAZ nach fünf Jahren zu überprüfen. Wir verstehen das aber nicht als bloßes Sammeln von Daten, sondern als ernstgemeinte Überprüfung mit der Möglichkeit, er-



Heinz-Werner Gabler

kannte Fehler zu korrigieren. Es ist endlich an der Zeit zu handeln. Auf den Punkt gebracht: Was für die Gesamtbevölkerung die Rente mit 67 ist, ist für die Polizei die Verlängerung der LAZ. Und es gilt die gleiche Forderung nach Korrekturen für mehr Gerechtigkeit und Praxis-tauglichkeit. Ein zweites Thema ohne Fortschritt: Jahrelang wurden wir auf die Zuständigkeit des Bundes für die Regelung von Erschwerniszulagen hingewiesen. Seit nahezu zwei Jahren ist das Land zuständig, und die Versuche von GdP und DGB in Verhandlungen zu kommen, stoßen auf wohlwollende Rhetorik und Nichtstun. Beim Bund ist derweil schon zweimal die Zulage für MEK und SEK erhöht worden. Jetzt müssen Kurt Beck und der neue Finanzminister Farbe bekennen, ob sie bereit sind, die besonderen Erschwernisse des Polizeiberufes anzuerkennen. Sie können sich nicht mehr

hinter dem Bund verstecken. Die Forderungen der GdP und des DGB liegen auf dem Tisch. Bisher war der Finanzminister nicht bereit, zu reden oder zu verhandeln. Vielleicht hat ja der Neue Zeit, sich mit notwendigen Verbesserungen im Zulagenwesen zu beschäftigen. Unsere Spezialeinheiten haben es nicht verdient, finanziell schlechter ausgestattet zu sein,

als ihre Kolleginnen und Kollegen beim Bund oder anderen Ländern. Auch hier: Hängen im Schacht.

Auch bei der Zahlung von Erschwerniszulagen für besonders belastende Dienste macht es der Bund vor. Weg mit der Gegenrechnung von Polizeizulage/Wechselschichtzulage. Aber auch an dieser „Baustelle“: Hängen im Schacht.

Wir wollen Bewegung. Wir wollen zeitgemäße, den Preisanstiegen angepasste Zulage-Regeln. Wir wollen Regelungen, welche den derzeitigen Arbeitszeitmodellen entsprechen. Teilzeit darf nicht zu Geldverlusten oder verlängerter Lebensarbeitszeit führen. Es ist nicht verständlich, dass z. B. bei einer Unfallbearbeitung über sechs Uhr hinaus kein DUZ mehr gezahlt wird, obwohl doch die elfte, zwölfte Stunde Nachtdienst noch erschwerender sind. Polizeiarbeit ist mehr wert.

Die Polizei ist permanent in Bewegung. Die Politik auch?

HWG

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Ernst Scharbach im Gespräch mit Karl Peter Bruch und Carsten Pörksen



Innenminister
Karl Peter Bruch

Scharbach: Herr Minister, Herr Abgeordneter Pörksen, im Juli dieses Jahres ist die siebte und letzte Aufstiegsausbildung abgeschlossen worden. Ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen, ob die Ziele und Erwartungen, die mit diesem Instrument verbunden wurden, erreicht worden sind. Die GdP hatte Sommer 2000 ein Gesamtprogramm zur Realisierung der

Ausbildungsreform und der zweigeteilten Laufbahn beschlossen, in dem die Aufstiegsausbildung ein wichtiges Element war. Vorher hatten wir beim damaligen Innenminister Zuber Alarm geschlagen, was die Personalsituation in der Polizei Rheinland-Pfalz betraf und haben unsere Vorstellungen dann formuliert. Wie bewerten Sie das im Nachgang?

Pörksen: Die SPD-Landtagsfraktion hat sich dieses Programm sehr genau angesehen und aufgegriffen. Es ging Ihnen und uns damals darum, sich abzeichnende Probleme in der Personalstärke der Polizei frühzeitig abzufedern. Noch vor der Landtagswahl 2001 haben wir ein auf die Zukunft gerichtetes Papier „Zur inneren Sicherheit und zur Weiterentwicklung der Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bruch: Mit Ihrem Papier haben Sie meine Auffassung gestützt, die Einstellungszahlen zu erhöhen. 2001 war ich Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Nach der Landtagswahl habe ich als Staatssekretär im Innenministerium die wesentlichen Punkte in die Tat umgesetzt.

Scharbach: Dabei ist ja das eine oder andere an Personalerhöhung bei den Einstellungen bzw. Belegungszahlen der Aufstiegsausbildungen auf der Strecke geblieben.

Bruch: Das ist richtig. Die haushaltsmäßigen Zwänge haben es nicht erlaubt, die ursprünglich vorgesehenen 200 Teilnehmerplätze für die Aufstiegsausbildung durchgängig zu realisieren. Das ändert allerdings nichts an dem Erfolg: Denn die Planungen der Projektgruppe hatte ursprünglich acht Jahre für die Durchführung der Lehrgänge angesetzt. Fakt ist, dass wir das Projekt nach sieben Jahren zum Abschluss gebracht und damit frühzeitig das Ziel erreicht haben. Das ist ein Grund, stolz zu sein.

Scharbach: Für die GdP war es wichtig, dass wir den Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes eine zum Diplomstudiengang gleichwertige Chance bieten, in den gehobenen Dienst zu kommen. Insbesondere den Absolventinnen und Absolventen der doppelqualifizierenden Ausbildung waren wir das schuldig, die ja mit der Perspektive des gehobenen Dienstes eingestellt wurden.

Bruch: Dies ist auch gelungen. Wir haben unser Versprechen gehalten. Beweis



Carsten Pörksen

ist, dass sich mittlerweile die ersten Absolventinnen und Absolventen der Aufstiegsausbildung erfolgreich um die Ausbildung für den höheren Polizeidienst beworben haben und auch zugelassen wurden.

Pörksen: Ich will noch einmal auf die Ausgangslage zurückkommen. Aufgrund der Erhöhung der Einstellungszahlen wäre es kaum möglich gewesen, dauerhaft zusätzlich noch etwa 100 Aufstiegsbeamte in das Fachhochschulstudium zu integrieren. Die Idee, einen verkürzten Lehrgang nach Enkenbach-Alsenborn auszulagern, hat sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einerseits konnten die Einstellungskontingente hochgefahren werden und andererseits fehlten die Polizeibeamtinnen und -beamten, die die Chance zur beruflichen Qualifizierung genutzt haben, nicht mehr über die Dauer der drei Jahre Fachhochschulstudium in ihren Dienststellen, sondern nur jeweils neun Monate und haben so die Polizeipräsenz im Land erhöht.

Scharbach: Für viele Kolleginnen und Kollegen war der neunmonatige Lehrgang allerdings auch extrem anstrengend. Einige sind auch zwischenzeitlich ausgestiegen oder haben die Prüfungen nicht geschafft. Einige taten sich schwer, noch mal die Schulbank zu drücken und sich im Vorfeld während des Dienstes mittels Computerprogramm schon auf den Lehrgang vorzubereiten.

Bruch: Das ist bedauerlich. Wir waren uns aber auch einig, dass das Ganze kein Schmalspurlehrgang werden darf, der

Fortsetzung auf Seite 4

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



4. LANDESFRAUENKONFERENZ

Audit berufundfamilie bei der Polizei

Am 5. Oktober 2009 war es mal wieder Zeit, Rechenschaft abzulegen über vier Jahre Wahlperiode der Landesfrauengruppe. Die Konferenz wurde auf dem Gelände der LPS auf dem Hahn durchgeführt. Als Gäste eingeladen waren neben dem Gastgeber Herrn Weidmann, Leiter der LPS, der Landesvorsitzende Ernst Scharbach und die stellvertretende Vorsitzende Margarethe Relet. Für die Bundesfrauengruppe war die Vorsitzende Sandra Temmen bei uns, ferner besuchte Elke Gündner-Ede, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, unsere Konferenz. Zudem freuten wir uns über die Teilnahme der Gleichstellungsbeauftragten, die Vertreterin der Jungen Gruppe Melanie Hahmann und unseren Gewerkschaftssekretär Markus Stöhr.

Das Hauptthema der Veranstaltung bestand in der Diskussion des Prozesses der Re-Auditierung. Kurz vor dem Zielvereinbarungsworkshop am 6. Oktober 2009 platziert, sollte die Konferenz noch einmal die Bedeutung des Audits für die Polizei bestärken.

Die für die Projektleitung eingeladen Referentin, Frau Gabriele Holzamer, konnte der Einladung leider nicht folgen.

Trotzdem fand eine angeregte Diskussion zu diesem Thema statt, und es konnten zahlreiche Ideen gefunden werden, die in einen Forderungskatalog der GdP-Landesfrauengruppe eingehen werden.

Hier einige der Forderungen:

- Telearbeit auch im Bereich der Vollzugs-polizei (Klärung der Fragen des Datenschutzes im Sinne des Audits)
- Befähigung und Vernetzung der Audit-Lotsen
- mehr Öffentlichkeitsarbeit, um den Bekanntheitsgrad zu steigern
- Aufnahme des Audit ins Leitbild
- dezentrale Fortbildung
- Eingang ins Mitarbeitergespräch
- Dienstvereinbarung zum Thema Audit
- Kinderbetreuung bei Seminaren
- Eltern-Kind-Zimmer
- Veranstaltungsangebote der GdP auch mit Familie
- Ausbau Stellenpool

Daneben wurden verschiedene Anträge beschlossen, einer beschäftigt sich mit der Begleitung des Audits. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es sich lohnt, hier immer wieder nachzuhaken, Gespräche zu führen und den Prozess aufmerksam zu verfolgen. Einige Fortschritte konnten hier bisher ver-



bucht werden, so wurde der Stellenpool von Anfangs 20 auf derzeit 75 Stellen ausgebaut, auch wenn es sich hier nicht um einen echten Pool handelt. Daher bleibt unsere Forderung bestehen, dass die Ausfälle von Frauen und Männern durch Elternzeit etc. schon bei der Einstellung bedacht werden müssen.

Darüber hinaus wurden aber auch noch andere Anträge abgestimmt, die z. B. zur Verbesserung der Akzeptanz von Teilzeitkräften führen sollen (siehe Kasten).

Folgende Anträge wurden auf der Konferenz verabschiedet:

- 1.) Steigerung der Akzeptanz Teilzeitbeschäftigter bei der Polizei
- 2.) Telearbeitsplätze
- 3.) Erhöhung der Sonderurlaubstage bei Krankheit des Kindes oder der Kinder
- 4.) Änderung §29 Abs. 1e) bb) TV-L (Arbeitszeitbefreiung bei Erkrankung eines Kindes): Alter des Kindes auf 14 Jahre erhöhen
- 5.) Re-Auditierung
- 6.) Untersuchung der Abschlüsse von Frauen und spätere Beurteilungen

Der letzte Antrag wird an die Bundesfrauenkonferenz geleitet und soll dazu dienen, bundesweit zu untersuchen, ob und inwieweit eine Unstimmigkeit zwischen den Abschlüssen der jeweiligen Ausbildungen und den späteren Beurteilungen von Frauen besteht.

In ihrem Grußwort betonte Sandra Temmen die Bedeutung des Austauschs zwischen den GdP-Frauen und den Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragten. Als positiven Meilenstein in der Zusammenarbeit sah sie die Veranstaltung Ende September dieses Jahres in Fulda, bei der an zwei Tagen eben dieser Austausch, angereichert durch Vorträge von Fachreferenten, gewährleistet wurde. Elke Gündner-Ede führte mit den Worten von Kurt Tucholsky: „Es gibt keinen Erfolg ohne Frauen“, in aktuelle Themen ein, die ihr ein Anliegen sind. Es handelt sich u. a. um die Entgeltgerechtigkeit, nach dem europaweiten Vergleich steht Deutschland hier an viertletzter Stelle, ein völlig inakzeptabler Platz. Sie erklärte, dass, wenn Frauen sich familienbedingt für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden würden, sie nicht mit Nachteilen konfrontiert werden dürften. Diese müssten dringend abgebaut werden.

Auch sprach sie das sensible Thema Beurteilungen an, die Leistungen von Männern würden oft besser beurteilt als die von Frauen. Die Beurteilungsrichtlinien müssten dem gender mainstreaming unterzogen werden. Dies sei bisher ausgeblieben.

Die Vorsitzende bedankt sich in ihrem Schlusswort bei allen Frauen der Landfrauengruppe, für die erbrachte Arbeit und Zeit und das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

An alle Teilnehmerinnen richtete sie die Aufforderung, die Gedanken des Audits im täglichen Dienst zu kommunizieren und einzufordern.

Steffi Loth



ABSCHLUSS DER ASA

Fortsetzung von Seite 2

dann sozusagen – angestrebte Gleichwertigkeit hin oder her – Polizeikommissarinnen und -kommissare zweiter Klasse produziert hätte. Immerhin haben in den sieben Jahren fast 1150 Personen die Gelegenheit gehabt, an dem Lehrgang bei voller Bezahlung teilzunehmen und fast 1000 sind über diesen Weg in den gehobenen Dienst aufgestiegen. Im Übrigen war für uns die Aufstiegsausbildung ein überaus wichtiger Baustein bei der Realisierung der zweigeteilten Laufbahn.

Scharbach: ... die immer noch nicht ganz abgeschlossen ist.

Bruch: Die noch im mittleren Polizeidienst befindlichen Beamten haben nun die Gelegenheit, über den Bewährungsaufstieg in den gehobenen Dienst zu kommen. Es hat seine Zeit gebraucht, aber nun ist die zweigeteilte Laufbahn so gut wie abgeschlossen. Im Übrigen wurde für den letzten Lehrgang ohnehin kein klassisches Auswahlverfahren durchgeführt. Grundsätzlich galt: Wer will, darf teilnehmen.

Pörksen: Wenn ich bei den Abschlussveranstaltungen der Lehrgänge die Stimmung richtig gedeutet habe, waren doch

Lehrkräfte, die ja selbst zum großen Teil aus der polizeilichen Praxis heraus zur Verfügung gestellt wurden, und Studierende immer erleichtert, ein anspruchsvolles Ziel gemeinsam erreicht zu haben.

Scharbach: Aus Sicht der GdP war der Aufstiegslehrgang, den wir ja wesentlich mit angeregt haben, eine erfolgreiche Sache, die wir positiv begleitet haben, z. B. wenn ich nur an die familiengerechte Unterbringung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Enkenbach-Alsenborn denke, die leider erst im letzten Lehrgang realisiert werden konnte.

Bruch: Dem kann ich nur zustimmen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern war das schon ein besonderer Weg, den wir ermöglicht haben. Ich bin froh, dass wir ihn gemeinsam gegangen sind. Gute Ausbildung und Anerkennung der Leistung wird auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen der Landesregierung sein, wie wir das u. a. auch in der Realisierung des neuen Bachelor-Studienganges gezeigt haben. Für die positiv-kritische Begleitung der Gewerkschaften und die Unterstützung durch den Landtag bedanke ich mich ausdrücklich.

Scharbach: Herr Minister, Herr Pörksen, Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Kurz und knackig

Berufung zum Landesarbeitsgericht



Dieter Kronauer

Unser GdP-Kollege Dieter Kronauer wurde zum 1. September 2009 zum Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz als ehrenamtlicher Richter berufen. Wir gratulieren ihm ganz herzlich dazu!

JUNGE GRUPPE MAINZ

Im Kletterwald Neroberg

Eine kleine, aber dennoch hochmotivierte Gruppe von sieben aktiven GdPlern aus dem Großraum Mainz traf sich am 17. September auf dem Neroberg bei Wiesbaden. Ganz nach dem Motto „GdP – Vital“ galt es, „Wald“ mal aus einer anderen Perspektive zu sehen. So begab sich die beruflich bunt gemischte Truppe (Bepo/Stab/WSD/ZPT) nach einer kurzen Einführung eines Instructors auf die Touren im Kletterpark. Gleich die erste Route stellte eine Herausforderung dar, war es doch die höchste und neueste Tour, die der Kletterwald zu bieten hat.

Im Anschluss wollten es dann aber doch alle Teilnehmer wissen und wagten sich an die schwierigste Route, den „Treeman“-Parcour. Das Ergebnis waren vier erfolgreiche Treemen, bzw. -women also über die Hälfte der Teilnehmer. Ein sehr guter Schnitt, wie man uns im Park bestätigte. Nach dem erfolgreichen Erklettern der anderen vorhandenen Routen, klang der Tag bei gemütlichem Beisammensein und interessanten Ge-



Die Gruppe im Kletterwald

sprächen im nahen Restaurant aus. Teilnehmerin Astrid Grünanger fasste kurzum zusammen: „Es hat riesigen Spaß gemacht, auch in Zukunft hoffe ich auf derlei Aktivitäten mit der JUNGEN GRUPPE Mainz.“ **Raphael Schäfer**



ZIELGRUPPENSEMINAR**Der „DEP“ ist nicht der Depp!**

GdP-Zielgruppenseminar betont die Wichtigkeit der untersten Führungsebene für den Erfolg der Polizei

Schon der Titel des GdP-Seminars („Führen als DEP“) für Dienstgruppenleiter, Kommissariatsleiter und vergleichbare Kollegen (die Kolleginnen mögen sich bei der vereinfachten Darstellung immer mit angesprochen fühlen) der ersten bzw. untersten Führungsebene sorgte für Diskussionen. Für Dr. Hermann Schäfer von der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB Rheinland-Pfalz war das provozierende und doppeldeutige Kürzel „DEP“ für Delegationsendpunkt etwas zu viel der Selbstironie. Zahlreiche Teilnehmer betonten aber, dass sie genau deswegen auf das nunmehr dritte GdP-Seminar dieser Art aufmerksam geworden seien.

Referent Peter Traub, derzeit Einsatzlehrdozent und vormals Leiter mehrerer Polizeiinspektionen, sieht gerade in der Aufgabe des „Delegationsendpunktes“ das herausragende Merkmal der untersten Führungsebene: „Im Sandwich sind wir alle, bei Ihnen kommt als Besonderheit dazu, dass unter Ihnen niemand mehr Führungsverantwortung hat“.

Führen im magischen Dreieck

Dr. Schäfer zeichnete hingegen nicht das Bild des „Sandwichs“, sondern sprach vom „Führen im magischen Dreieck“. Neben der Aufgabe, den Arbeitgeber zu repräsentieren und die Mitarbeiter zu vertreten, komme hinzu, dass auch Führungskräfte selbstverständlich in der Rolle der Beschäftigten seien. Führungskräfte sollten demnach auch auf ihre eigene Gesundheit und auf ihre Arbeitnehmerrechte achten.

Beurteilungskriterien?

Von den Seminarteilnehmern wollte Dr. Schäfer in Arbeitsgruppen die Frage beantwortet wissen, nach welchen Kriterien sie die Leistung ihrer Mitarbeiter und der Vorgesetzten in der untersten Führungsebene beurteilen würden. Kein Wunder, dass in den Arbeitsgruppenergebnissen Tugenden wie Pünktlichkeit, Genauigkeit, Einsatzbereitschaft, die sich in Arbeitsqualität und -umfang zeigen, eine Rolle spielten. Als sehr wichtige Attribute stellten die Teilnehmer aber auch z. B. Offenheit, Ehrlichkeit und Respekt heraus. „Menschen, die Menschen mögen“, seien gut für die Organisation Polizei, war eine Feststellung. Benchmarking oder Kennziffern als Maßstab für individuelle Leistung lehnten Referenten und Teilnehmer eindeutig ab. Bei den praktizierten Zielvereinbarungssystemen soll nach dem Willen der Teilnehmer auf die Zielfindung ausgiebig Einfluss genommen werden. Bei der Umsetzung soll auf Entscheidungsspielräume der Ausführungsebene geachtet werden, die dann auch extensiv genutzt werden sollen.

Anspruchsvolle Aufgabe

Peter Traub propagierte das Bild vom DGL oder L/K als Angehöriger zweier Gruppen, der Inspektionsleitung auf der einen und seines Teams auf der anderen Seite. Es sei eine gleichermaßen anspruchsvolle wie wichtige Aufgabe, seine Gruppe in der jeweils anderen zu repräsentieren. Konkretes Beispiel: Die Beratergruppe des Erstbeurteilers müsse sich in dem Sinne als Teil der Inspektionsleitung verstehen, dass es darum gehe, das „richtige“ Ranking für die Inspektion zu erarbeiten. Es gehe nicht um das bloße „Durchbringen“ oder „Verkaufen“ der jeweiligen „Kandidaten“ aus der eigenen Gruppe. Alles andere zerstöre jegliches Vertrauen in das praktizierte System. Die Kolleginnen und Kollegen der untersten Führungsebene haben es nach Überzeugung Traubs maßgeblich in der Hand, ob die jeweilige Gruppe stressfrei und mit beruflichem Wohlbefinden gute Arbeit abliefern. „Sie haben die Definitionsmacht und erklären ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Welt“, postulierte er. Dabei waren sich alle einig, dass es natürlich auch von der Inspektionsleitung und den Ebenen darüber abhängt, inwieweit auf allen Ebenen Identifikation mit der Polizei und ihren Zielen eintreten kann und im besten Fall noch gegenseitige persönliche Loyalität hilfreich hinzukommt.

Meine Meinung:

In diesem kurzen Artikel können nur einige wenige Aspekte zur Sprache kommen, nicht aber der komplette Seminarinhalt. Ich bin froh, dass sich die GdP entschlossen hat, dieses Seminar fest in das Bildungsprogramm aufzunehmen; das ist wohl investiertes Mitgliedergeld. Wir geben damit Kolleginnen und Kollegen in ähnlichen Führungsfunktionen Gelegenheit zur Reflexion des alltäglichen Polizeiwahnsinns. Nicht zuletzt durch die Einbindung externen Sachverständigen, diesmal von der TBS, erlangt das Seminar teilweise Zü-



Dr. Hermann Schäfer, 56, Berater der TBS gGmbH Mainz mit den Schwerpunkten Organisationsberatung und Führungskräfte-training. www.tbs-rheinland-pfalz.de

ge einer Supervision. Es ist deutlich geworden, dass für Polizistinnen und Polizisten, egal ob Führer oder Sachbearbeiter, die Erhaltung eines positiven Menschenbildes von großer Wichtigkeit ist, sowohl nach außen wie auch nach innen. Und ohne Identifikation mit der Polizei und ihren Zielen ist die Chance, als Führungskraft authentisch für eine stressfreie Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt zu sorgen, arg eingeschränkt. Ob Vertrauen und Loyalität zusätzlich zum Gelingen beitragen, hängt von den handelnden Personen auf jeder einzelnen Dienststelle und in den Behörden und Einrichtungen ab.

Wer Egoismus und Konkurrenzdenken als die maßgeblichen Antriebskriterien der Beschäftigten sieht, die es im Führungsgeschäft zu nutzen gilt, schadet der Organisation und der Lebensqualität; seiner eigenen und der seiner Mitarbeiter.

„Deppen“ sind jedenfalls im Führungsgeschäft nicht zu gebrauchen, denn es ist, insbesondere an der Schnittstelle zur Ausführungsebene, eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Dr. Schäfer sieht die sozialen Kompetenzen „weit im Vordergrund“ und nennt folgende Funktionen: **Vermittler und Übersetzer, Motivator, Förderer und Forderer**. Peter Traub sieht im DGL oder L/K den **Kümmerner, Moderator und Motivator** in der Rolle des „Primus inter Pares“.

Bernd Becker
Stellvertretender Landesvorsitzender



§ 208 LBG – HPRP drängt auf Veränderungen!

Der HPRP hatte Minister **Karl Peter Bruch** um Darstellung der Ergebnisse der Evaluation des § 208 LBG (**Verlängerung der Lebensarbeitszeit**) gebeten. Leider ließen anderweitige terminliche Verpflichtungen des Ministers seine Teilnahme an der HPRP-Sitzung nicht zu. Der HPRP bittet nunmehr um die Vereinbarung eines passenden Termins und um Übersendung der bei der Umfrage im Frühjahr erhobenen Daten. Wenn das Ministerium nicht zur Auswertung der Daten kommt, wollen wir gerne unsere Hilfe anbieten.

Beim letzten **Re-Auditierungs-Workshop Beruf und Familie** wurde eine gemeinsame Zielvereinbarung mit den Leitern der BuE beraten und anschließend vom Leiter der Polizeiabteilung **Joachim Laux** dem Minister **Karl Peter Bruch** präsentiert. Die neuen Ziele setzen auf den Ergebnissen der letzten drei Jahre auf. Von allen Seiten wurde das Audit positiv bewertet. Der HPRP wird beim Audit durch Kollegin **Steffi Loth** vertreten.

Die aktualisierte Version des **elektronischen Fahrtenbuches** soll zum 1. Oktober 2009 aktiviert werden. Mit der Änderung wurden viele Wünsche der Nutzer umgesetzt und Plausibilitätsprüfungen erweitert.

Die ZPT hat erneut technische Vorkerhungen zur Verhinderung von **Falschbetankungen** geprüft. Leider sei nach wie vor kein Produkt auf dem Markt, das in technischer und rechtlicher Hinsicht den Anforderungen genügt. Insbesondere fehlen Freigaben der Hersteller. Notwendige Bauartgenehmigungen des TÜV lägen ebenfalls nicht vor. Also gilt nach wie vor: Erst dran riechen, dann tanken!

Die PG **Fortbildung** unter Leitung von Koll. **Jürgen Süs** hat dem Lenkungsgremium ihre umfangreiche Projektskizze vorgetragen. Fortbildungsbedarf und -notwendigkeiten, verbunden mit den Kapazitäten der Schule und der Behörden und Einrichtungen sollen systematisch analysiert werden. Moderne Elemente wie Lernen via PC und Karriereplanung werden ebenfalls geprüft.

Das ISM möchte die **Beurteilungsvorschrift** überarbeiten und bittet um Mitteilung des Aktualisierungsbedarfs.

Wegen der Neuorganisation der **Kfz-Werkstätten** fanden Erörterungsgespräche mit dem ISM statt. Die meisten Probleme wurden einvernehmlich besprochen, der Gordische Knoten aber noch

nicht durchschlagen. Da die Betroffenen gegenüber der Personalvertretung erhebliche Befürchtungen äußerten, soll zunächst ein Gespräch mit allen Kolleginnen und Kollegen der Werkstätten auf dem Hahn stattfinden.

setzen, eigene Experimente zur Mitarbeiterrückmeldung zu versuchen. Das Thema sei brandaktuell und verspreche echte Fortschritte im nie spannungsfreien Verhältnis zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten.



Das ISM hat das LKA mit der Einrichtung der AG **„Polizeiliche Ermittlungen in sozialen Netzwerken“** (Internet) eingerichtet. Themenschwerpunkte: Netzzugang, Rechtsgrundlagen, Fortbildung).

Das ISM lehnt die Initiative der HPRP zum Verzicht der **Ingressnahme bei Falschbetankungen** ab. Die entstehenden Kosten der Ingressnahme seien unerheblich. Die Geltendmachung der Ansprüche stehe nicht im behördlichen Ermessen – die fünf Euro zwanzig werden eingetrieben – koste es, was es wolle! Die Begrenzung der Haftung auf eine zu bestimmende Höhe werde dem Finanzministerium vorgetragen. Auch für die Frage, wieso es denn Ingressnahmen NUR bei der Polizei gebe, hat das Ministerium eine einfache Erklärung: Bei der Polizei werde halt viel gefahren und getankt.

Die Trainingsmaßnahmen zur Förderung der **interkulturellen Kompetenz**, an dem ca. 90 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen werden, sollen umfassend auf ihre Geeignetheit hin überprüft werden. Dem Fragebogen zur Evaluation stimmte der HPRP zu.

Die KIF (Kommission Innere Führung) hat die AG VII unter Leitung von Koll. **Andreas Sarter** mit der Einführung einer **„Mitarbeiter-Rückmeldung“** beauftragt. Die Pilotphase soll nunmehr an ausgewählten Standorten beginnen. Der HPRP stimmte sowohl dem Piloten als auch dem vorgesehenen Evaluationsbogen zu. Koll. Sarter erläuterte in der Sitzung die Vorgehensweise und betonte den Pilotcharakter. Viele Fragen seien noch offen. Koll. **Thomas Ebling** berichtete über die Vielzahl der bis dato unbekannt gebliebenen Ansätze von Vorge-

Der HPRP hat der **Dienstvereinbarung „Behördliches Gesundheitsmanagement“** in der Polizei zugestimmt. Sie umfasst alle Beschäftigten und geht damit weiter als die Dienstsporthrichtlinie. Mit der DV kamen umfassende Diskussionen zwischen Ministerium und Personalvertretung zum Abschluss – mit Leben muss es nun auf den Dienststellen erfüllt werden. Sowohl auf die Behörden- und Einrichtungsleitungen wie auch auf die Personalräte vor Ort kommen nun spannende neue Aufgaben – vor allem aber neue Chancen zu. Die Gesunderhaltung dient uns allen, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern!

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



Dieser Tropfen kann ein Leben verändern.
Infektionsrisiko absichern!

Strafvollzugsbedienstete sind besonderen Gefahren, zum Beispiel infizierten Spritzen, bei Festnahmen oder Personenkontrollen ausgesetzt.

Deren mögliche Verletzungsfolgen (z. B. Hepatitis, HIV) sind normalerweise nicht in einer Unfallversicherung eingeschlossen. Die PVAG nimmt diese Gefahren ernst und versichert das Infektionsrisiko beitragsfrei bei allen Strafvollzugsbediensteten mit. Reden Sie mit uns.

PVAG 

Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe • Landesdirektion Mitte • Direktionsbevollmächtigter Rainer Pelzl
Telefon (0 69) 29 85-5 03 • Mobil (01 74) 9 05 11 42 • Telefax (0 69) 29 85-4 44

Verbringen Sie doch einmal die Festtage in einem schönen Hotel oder machen Sie eine Kreuzfahrt in wärmeren Gefilden

Nicht vergessen!!!!
5 % bei Reisebuchung bei PSW-Reisen,
dem Kooperationspartner der GdP.
Gilt auch auf die hier aufgeführten Reisen.



Kanaren 19.12. – 26.12.2009
mit der **AIDAluna**
... zu den Inseln des ewigen Frühlings.
Preis p.P. Innenkabine ab 659 €
Außenkabine ab 879 €



7 Tage Nilkreuzfahrt (VP)
+ 7 Tage Hotel Beach Albatros Garden
MSC POESIA, ab/bis Venedig, östl. Mittelmeer, Griechenland, Kroatien.
Reisezeit 22.12. – 31.12.2009
AI, p.P. mit Flug ab 849 € **7 T. Nilkreuzfahrt, 1 T. Kairo, 6 T. baden Rotes Meer m. Flug ab 999 €**



Sharm El Sheikh Sharks Bay
****** Hotel Savita Resort & Spa**
Anreise 1.1.2010 Nürnberg, 7.1.2010 Stuttgart
1 W. Flug AI p.P. ab 459 €, 2 W, ab 690 €
Kinderfestpreis 2-14 J. € 229 (Woche)



Malediven ** Fihalhohi Island Resort,**
ca. 28 km von Male, am Außenriff im Südwesten des Süd-Male-Atolls. 55 Tauchgebiete
Flugreise pro Person ab 1209 €

Thailand /Phuket
****** Centara Villas Phuket, Karon**
7 Nächte Flug DZ/FR p.P. ab 859 €
Weiter Hotels Thailand auf Anfrage.



Bali die Götterinsel * Champlung Mas,**
Kuta mit tropischer Gartenanlage,
1 Woche Flug /DZ/FR p.P. ab 689 €



Sri Lanka ** Kani Lanka Resort & Spa,**
Kalutara, traumhafte Lage.
1 Woche Flug, DZ/HP p.P. ab 729 €
Weitere Hotels in Sri Lanka a. Anfrage

Miami / Florida
***** Newport Beachside Hotel, Miami**
7 Nächte, Flug, DZ / Frühstück
p.P. ab 1009 €



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!


PSW-Reisen
DIE WELT ERÖERN

PSW-Reisen GbR
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Hilfe durch PVAG und GdP



Mein Name ist Patrick Schöfer. Ich bin 23 Jahre alt und seit dem 1. September 2006 Kaufmann für Versicherungen und Finanzen bei der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Eigentlich war mein Wunsch ein ganz anderer: Während meiner Bundeswehrzeit kam mir die Idee, nach Beendigung Polizist zu werden. Leider habe ich aber die Aufnahmeprüfung verpatzt.

Meine Eltern und Großeltern sind langjährige Kunden der SIGNAL IDUNA Gruppe und gaben mir den Tipp, mich bei dieser Versicherung zu bewerben. Ein Freund, der Polizist ist, meinte: „Bei der Firma bist Du gut aufgehoben“.

Meine Ausbildung war abwechslungsreich und verlangte Ehrgeiz. Im Juni 2009 habe ich die Abschlussprüfung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen mit Auszeichnung bestanden. Meinen Wunsch, Polizist zu werden, konnte ich mir nicht erfüllen. Durch die vertragliche Beziehung der PVAG und der SIGNAL IDUNA Gruppe habe ich aber doch die Chance, Polizei täglich zu erleben.

GdP und PVAG bzw. SIGNAL IDUNA haben vereinbart, dass Kolleginnen und Kollegen, die aus der Polizei ausscheiden müssen, weil sie beispielsweise den Studienabschluss nicht packten, ein Ausbildungs- oder Stellenangebot bekommen können.

Betroffene können sich gerne bei uns melden! **red**

Die Kreisgruppe PD Neustadt fährt am Samstag,

12. Dezember 2009

zum Weihnachtsmarkt nach Bad Wimpfen.

Für Mitglieder der KG PD Neustadt ist die Fahrt kostenlos, Gäste sind willkommen, müssen aber mit 7,50 € Fahrtkosten rechnen.

Abfahrt wird gegen 10.00 Uhr in Neustadt (HBF) sein. Rückfahrt ab Bad Wimpfen gegen 18.00 Uhr.

Infos zum Weihnachtsmarkt in Bad Wimpfen findet man im Internet.

Anmeldungen bis spätestens 7. Dezember 2009 an Andreas Fingerle oder Elke Rullmann.

Die Bezirksgruppe Westpfalz lädt zum Jahresende die Seniorinnen und Senioren zu einem Stammtisch ein. Treffpunkt am

24. November 2009

gegen 15.30 Uhr im Sportheim des SV Morlautern (Stadtteil von Kaiserslautern), Freiherr-vom-Stein-Str. 12.

Erreichbar mit dem TWK-Bus, Linie 112, ab Rathaus alle halbe Stunde (15 und 45), Haltestelle Kieferberg.

Gerhard Brenner, Seniorenvorsitzender

Telefon: 0 15 774 88 28 60 (GdP-Handy oder 06 31/3 69-22 20 (d))

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Werner Burkard, KG Vorderpfalz,
Rita Sehner, KG Südpfalz
Norbert Zimmermann,
KG PP/PD Koblenz
Harald Faltin, KG PP/PD Koblenz

Doris Auclair-Ittel, KG Vorderpfalz
Otto Schlamp, KG PP/PD Mainz
Martin Meyer, KG PD Wittlich
Ernst Kerth, KG Südpfalz
Lothar Bauer, KG Südpfalz

WIR TRAUERN UM

Peter Weber, KG PP/PD Mainz, 56 Jahre
Paul Reuter, KG PD Wittlich, 93 Jahre
Erwin Neidig, KG PD Pirmasens, 95 Jahre
Karl Geron, KG PD Mayen, 69 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

